



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/KVL/91 - 21. April 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31-33

Fernschreiber 0 886 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>Vor der Bewährungsprobe</u> Zu Adenauers Bericht im Bundestag über seine USA-Reise	50
2 - 3	<u>Gefahren für die Allgemeinheit</u> Um die Sicherheit im Luftverkehr Von Helmut Schmidt-Hamburg, MdB	90
4 - 5	<u>Griechisch-jugoslawischer Dialog</u> Ranković kommt nach Athen Von Dr. Basil Mathiopoulos	69
6	<u>Beispielhafte Solidarität</u> Sympathiestreik wegen einer eristlosen Entlassung	50
7	<u>Gefahr einer Intrige?</u> Zur Verhaftung des Ministerialdirektors Stalman	26
7	<u>Wiederlage für Mücke</u> Zur Scheitern seiner Konstopf-Pläne	25

\* \* \*

Vor der Bewährungsprobe

## Zu Adenauers Bericht im Bundestag über seine USA-Reise

sp- Der Bericht des Bundeskanzlers über seine letzte Reise nach den Vereinigten Staaten enthielt ausser den durch die Presse bereits bekannt gewordenen Erklärungen der Übereinstimmung zwischen der Bundesrepublik und der neuen amerikanischen Regierung in den Grundsatzfragen nichts Neues. Im Gegenteil; wer erwartet hatte, der Bundeskanzler würde gewisse Widersprüche deuten oder klären, musste enttäuscht sein.

Aber gerade deswegen meldete Ollenhauer mit Recht den Anspruch des Bundestages an, dass die auch nach der Erklärung des Bundeskanzlers offen gebliebenen Fragen in den zuständigen Parlamentsausschüssen eingehend erörtert werden.

Es ist kein Zufall, dass Ollenhauer in diesem Zusammenhang an die Forderung der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion vom 30. Juni 1960 nach einer gewissenhaften Bestandsaufnahme aller Möglichkeiten einer zeitbewussten deutschen Aussen- und Sicherheitspolitik erinnerte. Das mag für die Regierung und die CDU/CSU unbequem sein, aber die Notwendigkeit des Überdenkens der gegenwärtigen internationalen Situation, des Eingehens auf neue Möglichkeiten für die Lösung der Deutschland- und Berlinfrage wird heute von den in Zukunft blickenden Mitgliedern der Regierungsparteien nicht mehr bestritten.

Dass die von Ollenhauer geforderte Bestandsaufnahme im Rahmen der grundsätzlich zwischen Regierungsparteien und Opposition bestehenden Übereinstimmung der Bereitschaft zur Verteidigung der Freiheit zu erfolgen hat, ist eine Selbstverständlichkeit. Geklärt werden aber muss, ob angesichts der internationalen Situation heute noch deutsche Politik mit Methoden und Vorstellungen erfolgreich geführt werden kann, die unter anderen Voraussetzungen früher entstanden sind.

Deshalb hat der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion auch daran erinnert, dass die Bundesrepublik - heute als gleichberechtigter Partner in der westlichen Allianz anerkannt - die Verpflichtung hat, den Problemen der Entspannung und Abrüstung ihr besonderes Augenmerk zu widmen und nicht darauf verzichten darf, Ausschau nach einem eigenen Beitrag zu halten.

Ebenso wichtig ist es, dass Regierungsparteien und Opposition, gemeinsam mit der Regierung, nach Mitteln und Wegen suchen, die dazu geeignet sind, die Lösung des Berlin- und Deutschlandproblems im Sinne des Selbstbestimmungsrechtes unseres Volkes auf der Tagesordnung der internationalen Politik zu halten. Es genügt nicht, dass wir immer nur unsere Bereitschaft zur Angleichung an die Politik anderer erklären; wir müssen auch selbst mitwirken und mitdenken, um gerade unseren Freunden sagen zu können, was wir zur Lösung unserer nationalen Probleme für notwendig und richtig halten. Diese Aufgabe nimmt uns niemand ab!

Ollenhauer traf den Kern dessen, was jeden denkenden Deutschen bewegt, als er sagte, dass es sich bei seinen Vorschlägen und Anregungen nicht um wahltaktische Überlegungen handelt, sondern um den Versuch, eine wirkungsvolle deutsche Politik über den Wahltag hinaus zu entwickeln. Erneut hat damit die Opposition ihrer Bereitschaft Ausdruck gegeben, ein E B o h e t m a s s v o n G e m e i n s a m k e i t in den entscheidenden Fragen der deutschen Politik zu erreichen. Es ist jetzt an der Regierung und den Parteien der Mehrheit, offen zu erklären und durch ihr Verhalten zu beweisen, ob sie bereit sind, die vor uns liegende Bewährungsprobe gemeinsam zu meistern.

## Gefahren für die Allgemeinheit

### Ja die Sicherheit im Luftverkehr

In der April-Ausgabe des "OTV-Magazin" nimmt der Abgeordnete Schmidt (Hamburg) zu Fragen der Sicherheit des deutschen Luftverkehrs Stellung:

Aufgeschreckt durch die entsetzlichen Folgen einer Reihe von Flugzeugkatastrophen, haben sich Presse und Rundfunk der Bundesrepublik in jüngerer Zeit kritisch und ausführlich mit den schwierigen Problemen der Flugsicherheit auseinandergesetzt und eine leistungsfähigere Luftverkehrslenkung gefordert. Auch die zuständigen Ausschüsse des Bundestages sahen sich veranlasst, Untersuchungen über die deutsche Flugsicherung anzustellen und sind bemüht, geeignete Massnahmen zur Steigerung der Luftverkehrssicherheit einzuleiten.

Im Mittelpunkt dieser Diskussionen steht die Forderung nach einer zentralen, leistungsfähigen Bundesluftfahrtbehörde, die an die Stelle der Vielfalt von Kompetenzen treten sollte, die sich heute bei Bund und Ländern mit Luftfahrtfragen und letzten Endes also mit der Flugsicherung befassen. So gibt es, um nur ein Beispiel zu nennen, für den Erwerb von Flugzeugführer-Lizenzen, ausgenommen bei Fluglinienpiloten, keine bundeseinheitliche Verfahrensregelung. Die Prüfung und Zulassung von Piloten wird vielmehr in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich gehandhabt, obgleich bereits die Qualität der Ausbildung von Privat- oder Berufspiloten entscheidenden Einfluß auf die Flugsicherung ausübt.

### Mangelnde Zusammenarbeit

Zentrale Luftfahrtbehörden bestehen hingegen in anderen Staaten schon seit Jahren. So wurde zum Beispiel auch in den USA die Einrichtung einer Bundesluftfahrtbehörde für den gesamten Bereich der zivilen und militärischen Flugsicherung nach einer Serie von Luftkollisionsbeschlüssen und konsequent durchgesetzt. In der Bundesrepublik dagegen ist die Zusammenarbeit ziviler und militärischer Stellen sehr mangelhaft.

Eines der wichtigsten Probleme der heutigen Flugsicherung ist die zunehmende Zahl von Kollisionen oder Fastzusammenstößen im Luftverkehr. Bei der Untersuchung derartiger Vorfälle wird immer wieder festgestellt, dass Fastzusammenstöße fast ausnahmslos von Flugzeugen verursacht werden, die nicht unter Kontrolle der Flugsicherung stehen, sondern sogenannte Sichtflüge durchführen. Trotz der sprunghaft wachsenden Dichte des Luftverkehrs und der kombinierten Annäherungsgeschwindigkeiten moderner Düseflugzeuge, die heute schon in vielen Fällen 2000 km/h übersteigen, muss die Flugsicherung immer noch unkontrollierte Sichtflüge zulassen, weil die verfügbaren Mittel nicht ausreichen, den gesamten Verkehr zu kontrollieren. Dadurch werden erhebliche Gefahren für die Allgemeinheit heraufbeschworen; denn Ausweichmanöver nach eigener Sicht sind bei diesen Fluggeschwindigkeiten nicht mehr zuverlässig durchführbar. Die mangelnde Kapazität der Flugsicherung in Deutschland ist eine Folge unzureichender Voraussicht der Bundesregierung.

### Vordringliche Aufgaben

- Die vordringlichen Aufgaben einer zentralen Luftfahrtbehörde sind:
- 1) Die Aufhebung nicht überwachter Sichtflüge (auch von Düsenjägern!) im kontrollierten Luftraum. Dadurch wird eine erhebliche Zunahme des zu kontrollierenden Luftverkehrs einströmen, der die Flugsicherung nicht gewachsen ist.
  - 2) Die Anhebung der Obergrenzen des kontrollierten Luftraums von gegenwärtig 6000 m und 8000 m bis auf 10 000 m (30 000 Fuß) Flughöhe, um auch den im oberen Luftraum operierenden zivilen und militärischen Düsenflugverkehr unter sichere Kontrolle zu bringen.
  - 3) Die Integration der zivilen und militärischen Flugsicherung.
  - 4) Die Einrichtung von Flugsicherungsgestellen an verkehrsensitiven Stadt- und Sportflugplätzen, da diese teilweise mehr Starte und Landungen aufweisen als ein mittlerer Verkehrsflughafen, ohne dass ihr Flugbetrieb flugsicherungsgemäss überwacht wird.

Nur so wird es möglich sein, die von den zuständigen Behörden gemeldete Zahl von jährlich über 350 Festszusammenstössen zu reduzieren. Die notwendige Leistungssteigerung der Flugsicherung kann jedoch nur erfolgen, wenn ihr geschultes Fachpersonal in ausreichender Zahl und modernste technische Einrichtungen zur Verfügung gestellt werden. Es ist ein unzureichender Zustand, dass vorhandene Radaranlagen jahrelang nicht zum Einsatz kommen können, weil die dazu erforderlichen Radar-Flugleiter und hochqualifizierten Techniker einfach nicht vorhanden sind. Seit geraumer Zeit herrscht in der Flugsicherung ein einschneidender Personalmangel, der auf die unzureichende Vergütung der Flugsicherungstätigkeiten zurückzuführen ist. Ein Zehntel der Stellen sind entweder unbesetzt oder werden durch nicht voll ausgebildetes Personal ausgefüllt. Die schwierigen Tätigkeiten sind bekannt.

### Überlastung der Luftverkehrslenkung

Wer Personal von dieser Qualität benötigt und sicher sein will, dass alle der Flugsicherung gestellten Aufgaben einwandfrei erfüllt werden, der muss auch eine äquivalente Vergütung zahlen. Die Überlastung und Einschränkung der Luftverkehrslenkung infolge Mangels an ausgebildetem Fachpersonal muss so schnell wie möglich beseitigt werden. Erst dann können die schwierigen und dringenden Probleme der Verkehrssicherheit von einer zentralen Bundesluftfahrtbehörde gelöst werden.

Der Luftverkehr entwickelt sich mit atemberaubendem Tempo. In den USA haben erst einige schreckliche Unfälle und mehrere hundert Codesfälle einzuweisen müssen, bevor die dringende Notwendigkeit eingeschrieben wurde, die erforderlichen finanziellen und organisatorischen Massnahmen zur Förderung der Sicherheit im Luftraum einzuleiten. Verkehrssicherheit ist nicht nur eine Sache der Techniker, sondern eine Aufgabe der Politik!

+ + +

Griechisch-jugoslawischer Dialog

Von Dr. Basil Mathiopoulos

Innerhalb der sich überschneidenden politischen Wandlungen, die in letzter Zeit die äussere Ruhe auf der Balkanhalbinsel etwas fragwürdig machen, erweist sich die gut nachbarliche, um nicht zu sagen freundschaftliche, Zusammenarbeit zwischen Jugoslawien und Griechenland als beharrendes und ausgleichendes Moment. Der Balkanpakt zwischen Jugoslawien, Griechenland und der Türkei hat zwar nach wie vor wegen der noch unkonsolidierten Verhältnisse in Ankara kaum Aussicht, von der vertraglichen Konzeption zu einer realpolitischen Bedeutung zu gelangen. Doch entwickelten sich in den letzten Jahren die Beziehungen zwischen Belgrad und Athen in einer Form, die nicht nur eine Brücke für den jugoslawischen Einzelgänger zum Westen hin bedeutet, sondern in der augenblicklich diffusen Situation Grundlage zu einer vernünftigen Beilegung der strittigen Punkte und zum Aufbau eines befruchtenden Nebeneinanders ist.

Am 4. Mai wird der stellvertretende jugoslawische Ministerpräsident Alexander Ranković zu einem offiziellen Staatsbesuch in Athen erwartet. Eingeweihte Kreise wollen wissen, dass es dabei nicht nur um eine Fortsetzung des gut nachbarlichen Dialogs geht, sondern um die Erörterung der Lage und ihrer Auswirkungen auf die beiden angrenzenden Länder, die nach dem Kurswechsel Albanien die Gemüter beunruhigt. In der griechischen Öffentlichkeit sieht man den Gesprächen mit grossem Interesse entgegen, nachdem die Herausgabe des jugoslawischen Weisstuchens über die drohende Haltung Tiranas gegenüber Belgrad in der gesamten Presse kommentiert wurde. Als zündender Punkt des am 7. April veröffentlichten, 150 Seiten umfassenden Dokumentes wird allgemein die Erklärung des albanischen Ministerpräsidenten Mehmet Shechu angesehen, der ausführte: "... Das Mutterland Albanien hat auch die Albanesen von Kosovo, Montenegro und Serbisch-Mazedonien zu Kindern...". Nun ist aber bekanntlich der autonome Bereich von Kosovo, der an Albanien grenzt, ein Teil des jugoslawischen Staates, wann dort auch rund 500 000 Albanesen wohnen.

In Athen zeigt man sich allgemein über die Äusserung Schechus beunruhigt, denn sie sind umso mehr als eine direkte Bedrohung der friedlichen Entwicklung auf dem Balkan zu werten, als Tirana, das sich immer offensichtlicher zu einem treuen Vasallen Pekings entwickelt, diese harten Töne nicht ohne die nötige Rückversicherung abzugeben scheint. Rotchina hat Albanien neuerdings eine Anleihe in Höhe von 350 Millionen Dollar in Aussicht gestellt, was für albanische Verhältnisse eine geradezu astronomische Summe ist. Vielleicht ist dies ein fernöstliches Trostpflaster für den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Polen und Albanien und die unverkennbare Abkühlung der Beziehungen zu Bulgarien, eine derart bisher innerhalb der Ostblockstaaten einzigartige und eigenartige Situation. Es bedarf keiner Prophetengabe, um zu erkennen, dass Peking Albanien als Prallbock benützt, um den "jugoslawischen Revisionismus" auf die Hörner zu nehmen, während Belgrad seinerseits das Weissbuch sicher nicht nur an die Männer um Enver Hoxha adressierte.

Die Position Moskaus in diesem viel umworbeneen Raum um die Adria, der einst endgültig für die Interessen der Sowjetunion gepachtet schien, beschäftigt nicht nur die ausserpolitischen Experten des Kreml und des State Departments. Wenn auch die Kuba-Krise in diesen Tagen die Welt in Atem hält, so werden doch die Entwicklung auf dem Balkan und ihre möglichen Auswirkungen ein heisser Punkt im Gespräch zwischen dem augenblicklich in Washington weilenden griechischen Ministerpräsidenten mit der amerikanischen Regierung sein. Der Besuch Rankovičs in Athen findet also zu einem Zeitpunkt statt, da seine griechischen Gesprächspartner um die Interpretation der Ereignisse seitens der USA wissen.

In Athen interessiert man sich ferner für die jugoslawische Meinung zu dem erneut in der vorigen Woche von Rumänien vor der UNC eingebrachten Vorschlag, den Balkan zu einer *a t o m f r e i e n Z o n e* zu machen. Dieser Plan ist zwar schon seit 1957 ein Herzensanliegen der Rumänen, doch fragt man sich in Athen und Belgrad, ob bei der jüngsten Forcierung dieser Gedanken nicht auch das Bemühen Moskaus mitschwimmt, durch diese "Friedensoffensive" die Aktionen des grossen fernöstlichen Rivalen auf dem Balkan durch unverdächtige Massnahmen unter Kontrollen zu bekommen.

### Beispielhafte Solidarität

S.B. - In einer Maschinenfabrik in St.-Georgen im Schwarzwald legten vor kurzem etwa siebzig Arbeiter der Montage-Abteilung spontan die Arbeit nieder, nachdem sie erfahren hatten, dass die Geschäftsleitung den Stellvertreter des Betriebsratsvorsitzenden, Ernst Berndt, wegen angeblicher Verletzung des Betriebsverfassungsgesetzes die fristlose Kündigung ausgesprochen hatte. Über die Ursachen, die zu dieser Kündigung des der IG-Metall langjährig angehörenden Betriebsratsmitgliedes Berndt und dem damit verbundenen Streik führten, wurde folgendes bekannt:

Im Zusammenhang mit der Betriebsrätewahl war es bei der Firma in St. Georgen zu erheblichen Schwierigkeiten gekommen, als der Stellvertretende Betriebsratsvorsitzende Berndt, in seiner Eigenschaft als Mitglied des Wahlausschusses, während einer Betriebsversammlung Bedenken gegen die Kandidatur eines der Geschäftsleitung nahestehenden leitenden Angestellten als Betriebsrat zum Ausdruck brachte. Berndt zweifelte - sicher nicht unbegründet - die Wählbarkeit des Angestellten an, der auf Grund der Höhe seines Gehaltes, das nicht mehr der Versicherungspflicht unterliegt, und der als rechte Hand des Betriebsinhabers fungiert, nicht die gesetzlichen Voraussetzungen als Vertreter der Arbeitnehmerschaft mitbringe. Daraufhin wurde von einigen, der Geschäftsleitung nahestehenden Belegschaftsmitgliedern, eine zweite Kandidatenliste aufgestellt. Nach dem Gesetz war damit die Persönlichkeitswahl zugunsten der Listenwahl ausgeschaltet.

Das ohne Zweifel mutige Verhalten des Ernst Berndt wurde offenbar der Geschäftsleitung sehr unbecom, denn noch am Abend nach der Betriebsratswahl teilte diese dem Betriebsrat ihren Entschluss mit, Ernst Berndt fristlos zu kündigen, da er angeblich das Betriebsverfassungsgesetz verletzt hätte, indem er in seiner Betriebsversammlung die Gehaltshöhe eines kandidierenden Angestellten genannt habe.

In Auswirkung der ausgesprochenen fristlosen Kündigung gegen Berndt - der auf dem Gebiet des Arbeits- und Sozialrechtes überdurchschnittliche Kenntnisse aufweist und seit Jahren sein praktisches Wissen hauptsächlich zugunsten der IG-Metall verwertet - erklärten sich etwa siebzig Arbeiter der Montage-Abteilung mit ihrem Kollegen sofort solidarisch und legten aus Protest gegen die Entscheidung der Geschäftsleitung die Arbeit nieder.

Zugleich liess die IG-Metall an alle Belegschaftsmitglieder Flugblätter verteilen, in denen zwar nicht zum Streik aufgerufen, doch in sehr deutlicher Sprache die Haltung der Geschäftsleitung verurteilt wurde. Daraufhin erklärte sich die Geschäftsleitung sofort bereit, mit der IG-Metall entsprechende Verhandlungen zu führen, die mit dem Ergebnis endeten, dass die Geschäftsleitung die fristlose Kündigung gegen Ernst Berndt zurücknahm, doch gleichzeitig mit einer arbeitsgerichtlichen Entscheidung drohte. Die IG-Metall erklärte sich damit einverstanden und wird vor dem Arbeitsgericht die Rechtsvertretung ihres Kollegen Berndt uneingeschränkt übernehmen.

In dieser Angelegenheit muss als besonders bemerkenswert registriert werden, dass in erster Linie die entschlossene Haltung von Mitgliedern der IG-Metall die Geschäftsleitung der Firma voranlasste, ihre gegen Berndt getroffene Entscheidung zurückzunehmen.



April 1961  
Opfer einer Intrige?

sp - Das an Korruptionsaffären gewiss nicht arme Bonn ist durch die Verhaftung des Leiters der Aussenhandelsabteilung im Bundesernährungsministerium, Ministerialdirektor Stelman, um eine neue, viel Stoff zu Spekulationen liefernde Sensation bereichert worden. Stelman gilt als ein wichtiger Fachmann, er war führend bei internationalen Verhandlungen soweit sie Agrarfragen betrafen, beteiligt und hatte auf seinem Fachgebiet ziemlich liberale Ansichten. Stelman sitzt nun wegen Verdachtes, Bestechungsgelder von Verhandlungspartnern, zu denen auch der Leiter der polnischen Handelsdelegation zählte, angenommen zu haben, in Untersuchungshaft. Ein dichtes Gewirr von Gerüchten und Mutmassungen umgibt diesen aufsehenerregenden Fall, der noch dadurch eine besondere Pointe erhält, dass Stelman ganz entschieden die ihm vorgeworfenen Verfehlungen bestreitet. Was diese trübe Angelegenheit noch zwielichtiger erscheinen lässt, ist das in Bonn unläufige Gerücht, dieser hohe Beamte des Bundesernährungsministeriums sei Opfer einer fettespinnenen politischen Intrige geworden. Die Staatsanwaltschaft hüllt sich verständlicherweise in Schweigen. Unglückselige Erinnerungen tauchen aber im Zusammenhang mit diesem Fall auf. Seinerzeit hat die Angelegenheit des jetzigen Putschführers in Santiago de Chile und früheren hohen Beamten im Wirtschaftsministerium, Dr. S t r a c k , zu einer ganzen Kette interner Auseinandersetzungen zwischen Bundeswirtschaftsministerium und Aussenministerium geführt, die ihren Niederschlag in langwierigen Prozessverfahren fanden. Viele Intrigen spielten dabei eine Rolle. Sollten wir im "Fall Stelman" eine Wiederauflage erleben? Hier ist möglichst rasche Aufklärung geboten. Ein jahrelanges Einziehen dieser Affäre hätte vergiftende Auswirkungen.

+ + +

Niederlage für Lücke

sp - Der Bundeswohnungsbauminister Lücke hat eine empfindliche Niederlage einstecken müssen. Sein Plan, der überschäumenden Baukonjunktur durch einen Baustopp zu begegnen, ist allenthalben auf Kritik und Ablehnung gestossen und das letzte Nein erfolgte von den Ministerpräsidenten der Länder. Sie sind zwar mit der Bundesregierung der Meinung, dass wirksame Massnahmen gegen die übergrosse Nachfrage nach Bauleistungen ergriffen werden müssen, halten aber den von Lücke empfohlenen allgemeinen Baustopp dafür ungeeignet. Ein Sprecher des Bundeswohnungsbauministeriums hat daraus die Folgerung gezogen, die Bausparer hätten nun für das Scheitern des Lücke-Planes die Zeche zu bezahlen - wofür ein die Wirklichkeit missachtender Urugschluss. Schon seit längerer Zeit war vielen Einsichtigen klar, dass auf die Bundesregierung als Ganzes die Hauptverantwortung für die Situation am Baumarkt fällt. Das Kabinett hat es unterlassen, rechtzeitige Massnahmen zu treffen. Es trägt die Schuld daran, dass über 100 000 Bauarbeiter in andere Industrien abgewandert sind, und es unternahm keine Schritte, durch eine entsprechende Steuerpolitik die Investitionstätigkeit der Großindustrie in geordnete Bahnen zu leiten. Lückes Plan war eine Flucht nach vorn, mehr ein Verzweiflungsakt, als das Produkt wohlfundierter Überlegungen. Selbst die Kapitulation des Bundeswirtschaftsministers Prof. Erhard reichte nicht zur Unterstützung dieses Planes aus. Das Nachsehen haben allerdings die Millionen Bausparer. Es ist die Gesamtpolitik der Regierung, die viele Hoffnungen der Bausparer zerronnen lässt. Freilich ist Lücke als der dafür zuständige Fachminister von dieser betrüblichen Entwicklung nicht freizusprechen. Ihm schlägt das Wasser nun über dem Kopf zusammen.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel